



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 16.09.2025
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:14 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Uwe Kramer	Ausschussvorsitzender stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Ute Haupt Dr.med. Detlef Wend	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) Volt/MitBürger
Yvonne Krause	Vertretung für Herrn Friedemann Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Franziska Blath	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dorothea Elias	Vertretung für Herrn Christof Starke stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	Vertretung für Frau Manser stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Annika Seidel-Jähmig	Referentin Bildung und Soziales
Stefanie Goy	Jugendhilfeplanerin
Dr. Sebastian Meißner	Sozialplaner
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Friedemann Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kramer eröffnete die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Kramer bat die Fraktion Volt-Mitbürger Informationen über die Personalie zu Herrn Dr. Wend im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu geben.

Herr Jakob von der Fraktionsgeschäftsstelle Volt-Mitbürger erläuterte, dass der Jugendhilfeausschuss sowie der Unterausschuss Jugendhilfeplanung besondere Gremien sind. Laut SGB VIII Sachsen-Anhalt können auch fachlich kompetente Personen ohne Stadtratsmandat Mitglieder sein. Aus diesem Grund kann Herr Dr. Wend diese Rolle weiterhin erfüllen, selbst nachdem er sein Stadtratsmandat abgegeben hat. Solange die Fraktion keine Änderung beschließt, bleibt Herr Wendt stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss für Herrn Rabe. Herr Rabe ist auch zukünftig im Finanzausschuss tätig, daher übernimmt Herr Dr. Wend zeitweise dessen Platz im Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

Herr Kramer bedankte sich für die Erläuterung.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Kramer** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.05.2025
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
Vorlage: VIII/2025/01331
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Jahresplanung
Vorlage: VIII/2025/01525
- 7.2. Bericht AG § 78 Kinder, Jugend und Familie
Vorlage: VIII/2025/01669
- 7.3. Überblick Antragslage Fördermittel 2026 ff
Vorlage: VIII/2025/01674
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

Frau Haupt wies darauf hin, dass im Nachtragshaushalt diskutiert wird, ob Pflichtleistungen eventuell reduziert werden könnten. Als Beispiel nannte sie die Drogenberatungsstelle. Sie fragte, ob Kürzungen bei Pflichtleistungen möglich sind und wie die Verwaltung es konkret bewertet.

Herr Dr. Meißner sagte, dass aus seiner Sicht Kürzungen nicht vorgesehen sind, sondern eher ein stabiles Leistungsniveau angestrebt wird.

Herr Dr. Wend bemerkte, die finanzkritische Lage zum Haushalt. Er wünscht sich klare, exakte Zahlen dafür, wo im Haushalt konkrete Lücken bestehen und wo nicht. **Herr Dr. Wend** plädierte für eine Darstellung von konkreten Zahlen, damit man nachvollziehen kann, wo Einsparungen oder Fehlbeträge genau vorhanden sind. Insgesamt bat er um Transparenz, wie sich die Haushaltslage exakt darstellt.

Herr Kramer bemerkte, dass man diesen Sachverhalt nicht im heutigen Unterausschuss Jugendhilfeplanung klären kann. Er wies darauf hin, dass es in drei Beratungsstellenformen wiederholt einem höheren Aufwand im Bereich der jungen Menschen gibt, die unter das KiFöG fallen, insbesondere bei Personen unter 28 Jahren. Er fragte, ob es eine konkrete Begründung bzw. Ursache dafür gibt, warum es immer wieder präsent wird, dass Jugend einen etwas höheren Aufwuchs hat.

Herr Dr. Meißner teilte mit, dass der Jugendbereich in den Jahresgesprächen eine die Diskussion mit hochstrittigen Paaren durchführte. Dabei war die Terminfindung mit den gewünschten Zeiten sehr schwer umzusetzen. Dies führt zu einem erhöhten Konfliktpotenzial. Er sieht darin eine Folge der gegenwärtigen Krisen, die zu einer erhöhten Komplexität und Überforderung führen.

Frau Goy wies auf die durchgeführte Kinder- und Jugendstudie des Deutschen Jugendinstituts in der Stadt Halle (Saale) hin. Diese Studie bestätigte, dass sich Problemlagen seit 2018 vor und nach Corona deutlich verschärft haben, welche eng mit der gesamtgesellschaftlichen Lage zusammenhängen. Sie sagte, dass die Erkenntnis besteht, dass ältere Menschen vor Corona eine Stabilität aufbauen konnten, während jüngere Generationen diese Phase im Krisenfall der Pandemie durchlebt haben und weniger stabile Resilienzen entwickelt haben.

Herr Dr. Wend bat darum, zur bestehenden Sachlage einmal auf den Zensus einzugehen. Des Weiteren erkundigte er sich nach dem Zuwachs an migrantischem Klientel und ob dieses Klientel besondere Probleme hat. Er möchte wissen, ob Migrantinnen und Migranten in der Beratung spezielle Herausforderungen erleben, die einen erhöhten Beratungsbedarf verursachen könnten.

Herr Kramer stellte fest, dass die Frage zum Zensus in der heutigen Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplan schwer zu beantworten ist. Er schlug vor, dieses Thema im kommenden Jugendhilfeausschuss zu thematisieren.

Herr Dr. Meißner teilte mit, dass er in der Beratungspraxis nicht vollständig involviert ist. Eine zentrale Herausforderung bleibt die Sprachbarriere, die durch Dolmetscher oder Familienmitglieder überbrückt wird. Dieser Zustand ist bei Beratungssettings nicht optimal.

Herr Dr. Wend teilte mit, dass eine normale Impfberatung in einer Arztpraxis länger dauert, doch bei Patienten mit sprachlichen Problemen die Dauer noch deutlich stärker ansteigt. Wenn zusätzlich ein komplexes Erziehungsproblem behandelt wird und fehlendes Sprachverständnis hinzukommt, verlängert sich der Beratungsprozess noch weiter. Er

betonte, dass diese Verzögerung absolut zeitintensiv für die Beratungsstelle ist. Das ist eine natürliche Gegebenheit der Situation.

Frau Goy teilte mit, dass im Jahr 2023 Beratungsstellen erneut versucht haben, gezielter auf migrantische Familien zuzugehen, insbesondere in der Erziehungsberatung, wobei die AWO in der Halle Neustadt besonders aktiv war. Die Auswertung zeigte, dass weniger migrantische Familien als deutsche erreicht werden, was neben Sprachbarrieren auch die Akzeptanz psychosozialer Angebote betrifft. Sie sagte, dass zusätzlich andere Probleme wie Formulare und Anträge vorrangig zu klären sind, bevor andere Beratungsinhalte wahrgenommen werden könnten.

Es gab keine weiteren Fragen. **Herr Kramer** bedankte sich bei Herrn Dr. Meißner für seine Ausführungen.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Jahresplanung** **Vorlage: VIII/2025/01525**

Herr Kramer erläuterte den Ausschussmitgliedern die vorliegende Jahresplanung.

Frau Krause nahm Bezug zum „Konzept Pflegeeltern“. Sie erkundigte sich, ob dieses Thema zunächst nur als Vorschlag geäußert wurde oder es bereits eine konzeptionelle Idee dazu gibt.

Herr Frolow teilte mit, dass dazu eine Beschlussvorlage erarbeitet wurde, welche sich aktuell in der Endfassung befindet. Es ist geplant, diese Beschlussvorlage noch dieses Jahr in die Gremien einzubringen.

Frau Krause hinterfragte, was mit diesem Konzept beabsichtigt wird.

Herr Frolow teilte mit, dass dieses Konzept darauf abzielt, mehr Menschen zu gewinnen, Pflegeeltern zu werden. Es baut auf einer bereits vorhandenen Grundidee auf, die mit einem Träger in Halle verfolgt wird, geht aber darüber hinaus und soll trägeroffen gestaltet werden. Durch eine spezielle Förderung im Konzept sollen interessierte Personen fachlich begleitet und teilweise in Anstellungsverhältnissen Pflegeeltern werden. Dabei spielt der qualitative Faktor eine höherwertige Rolle.

Herr Kramer wies darauf hin, dass vorgeschlagene Themen für die Jahresplanung aufgenommen werden können und dann als nicht terminiert in den Speicher wandern. Wenn diese Themen diskussionsfähig sind, werden sie terminiert werden.

Es gab keine weiteren Fragen.

zu 7.2 Bericht AG § 78 Kinder, Jugend und Familie
Vorlage: VIII/2025/01669

Frau Goy und Frau Blath informierten anhand einer Präsentation zur AG § 78 Kinder, Jugend und Familie.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Haupt fragte, wie die genannten Visionen umgesetzt werden.

Frau Blath sagte, dass diese Umsetzung von Visionen auch den Jugendring beschäftigen und letztlich eine Ressourcenfrage ist. Sie bestätigte, dass der Vorstand des Jugendrings weiter daran arbeiten aber konkrete Pläne derzeit noch nicht benennen kann. Es ist geplant, dieses Thema im Stadtjugendring erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Kramer fügte hinzu, dass die Zukunftswerkstatt zunächst ohne Budget- und Ressourcenfragen abklären wollte, wo sich die halesche Jugendarbeit aktuell befindet und welche gemeinsamen Ziele bzw. Visionen bestehen. Der Fokus lag auf den Rückblick und Ausblick, wohin man gemeinsam will, bevor Ressourcen geprüft werden.

Herr Dr. Wend merkte humorvoll an, dass eine angebliche Lösung von 0 % Kinderarmut fürs nächste Jahr angestrebt wird. Ausschlaggebend dafür ist die Feststellung von Herrn Spahn zur ungleich verteilten Vermögensverteilung in Deutschland.

zu 7.3 Überblick Antragslage Fördermittel 2026 ff
Vorlage: VIII/2025/01674

Herr Frolow informierte zur Antragslage Fördermittel 2026 ff.

Anmerkung: Die Antragslage der Fördermitte 2026 ff ist im Session hinterlegt.

Herr Dr. Wend fragte, ob es sich hierbei überwiegend um Träger handelt, die schon immer Probleme hatten, oder ob es ein neues Problem bei Trägern ist, die bisher ganz gut zurechtgekommen sind.

Herr Frolow sagte, dass die Entwicklung zunimmt und vor allem größere Träger auffallen. Überraschend ist es, dass Träger, die eigentlich in der Querfinanzierung in der Lage sein sollten, Eigenanteile zu leisten, es für einzelne Projekte scheinbar nicht tun können. Es besteht daher eine Diskrepanz zwischen Erwartungen und tatsächlicher Leistungsfähigkeit.

Frau Haupt bemerkte, dass die Einbringung der dazugehörigen Beschlussvorlage im November im Jugendhilfeausschuss als sportlich erscheint, weil möglicherweise noch kein Haushaltsbeschluss vorliegt und unklar ist, wie sich das auf den Jugendbereich auswirkt. **Frau Haupt** erkundigte sich nach der konkreten Größenordnung der Förderung über vier Jahre und bemerkte, dass bislang nur wenige bereits eine Voraussicht über den Vier-Jahres-Zeitraum haben. Des Weiteren fragte sie, ob auch Streichungen von ganzen Angeboten vorgenommen werden müssen.

Herr Frolow erläuterte, dass das verfügbare Budget stark von der noch zu verabschiedenden Haushaltslage abhängt. Er wies darauf hin, dass bei fehlendem Budget, die Antragslage zu einer Überschreitung führen kann. Aus diesem Grund könnte eine Priorisierung nötig werden. Es wird erwartet, dass möglicherweise Maßnahmen gekürzt oder nicht in vollem Umfang gefördert werden können. Ob komplette Angebote gestrichen werden müssen, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden.

Frau Dr. Hayne wies darauf hin, dass insbesondere bei größeren Trägern Eigenmittel für Beratungsleistungen notwendig sind, etwa 20 Prozent in der Schwangerschaftsberatung. Sie betonte, dass alle Beratungsleistungen Pflichtaufgaben im Ermessen sind, aber Eigenmittel nicht vollständig quersubventioniert werden können. Diese müssen aus verschiedenen Bereichen finanziert werden.

Herr Frolow verwies auf die vorgegebene Richtlinie und die dazugehörige gesetzliche Regelung. Beide haben zum Sachverhalt eine Konkretisierung. Er bemerkte, dass man damit umgehen sollte und es im Ausschuss im Rahmen des vorhandenen Budgets diskutieren kann.

Herr Kramer bezog sich auf die Anlage und bemerkte, dass zusätzliche Stellenanteile für Öffnungszeiten der Jugendclubs nicht enthalten sind.

Herr Frolow machte darauf aufmerksam, dass, wenn etwas fehlt, eine Nachsteuerung erforderlich ist, um zu klären, ob es beantragt wurde oder nur nicht in der Anlage aufgeführt ist.

Frau Goy fügte hinzu, dass man sich damals dafür entschieden hat, aufgrund begrenzter Ressourcen zusätzliche Öffnungszeiten für diese Projekte zu ermöglichen. Diese Maßnahme wurde in der Jugendhilfeplanung beschlossen, sodass die beantragenden Träger, es zusammen mit ihrer eigentlichen Leistung in einem gemeinsamen Antrag bündeln können.

Herr Kramer stellte fest, dass die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.11.2025 die eigentliche Dezembersitzung wäre. Aus Erfahrung zum Sachverhalt ist eine Sondersitzung im Dezember unumgänglich.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Herr Dr. Wend zu Drogenberatungsstellen

Herr Dr. Wend bezog sich auf die Suchtberatungsstellen im Kontext der Sozial- und Jugendhilfeplanung. Er machte darauf aufmerksam, dass die Förderanträge der Suchtberatungsstellen für 2026 bis Juni eingegangen sein sollten. Er fragte, wie hoch die Antragssumme insgesamt ist und ob diese mit den vorgesehenen Mitteln gedeckt werden kann.

Frau Seidel-Jähnig sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.2 Herr Dr. Wend zum Aufbau eines Netzwerks für Kinder psychisch u. suchtkranker Eltern

Herr Dr. Wend bezog sich auf das geplante Netzwerk für Kinder von psychisch und suchtkranken Eltern. Er erkundigte sich nach dem aktuellen Stand.

Herr Dr. Meißner wies darauf hin, dass es zu dieser Initiative eine Rücksprache mit der Suchtkoordinatorin Frau Jäger gab, Aktuell ist dieses Vorhaben aufgenommen und wird weiterhin konkretisiert.

zu 8.3 Herr Dr. Wend zur Erreichbarkeit von Familienkasse und Wohngeldstelle

Herr Dr. Wend teilte mit, dass die Schwangerschaftsberatungen in Halle (Saale) die schlechte Erreichbarkeit der Familienkasse und Wohngeldstelle monieren. Er fragte, wie die Verwaltung darauf reagiert.

Herr Dr. Meißner sagte, dass er diesen Punkt für die nächste Trägerversammlung mitnehmen wird.

zu 9 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete Herr Kramer den öffentlichen Teil und bat, um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer